

## Über die Mauer hinweg

### Wie Päckchen und Pakete die deutsch-deutsche Grenze passierten

Konstanze Soch

#### *Der Versand von West- und Ostpaketen*

Für den Kontakt zwischen „hüben“ und „drüben“ waren die Päckchen und Pakete, die zwischen der DDR und der BRD ausgetauscht wurden, von großer Bedeutung. Es war jedes Mal eine große Freude, wenn ein Paket aus der Bundesrepublik (Westpaket) Familie Winterfeld erreichte. Stets waren Kaffee, Kakao, Schokolade, Feinstrumpfhosen, eine Büchse Ananas und Matchboxautos für die Kinder enthalten.<sup>1</sup> Mit dem Auspacken der Pakete wurde meistens gewartet, bis die ganze Familie zusammen war. So freute sie sich gemeinsam über den schönen Inhalt. Eine Ausnahme bestand nur kurz vor Weihnachten, Ostern und zu den Geburtstagen der Kinder. Dann öffnete Frau Winterfeld das Paket schon vorher und entnahm die Geschenke, die für die Kinder gedacht waren.<sup>2</sup> Schließlich sollten sie damit erst zum Festtag erfreut werden. In vielen Familien war die Freude über den Inhalt der Westpakete groß, schließlich bescherten sie Produkte, die es in der DDR so nicht zu kaufen gab.

Doch auch die Menschen aus der Bundesrepublik wurden ihrerseits umfangreich mit Päckchen und Paketen aus der DDR (Ostpaketen) bedacht. Schließlich war es den Versendern aus dem Osten ebenfalls ein Anliegen, ihren Verwandten und Bekannten eine Freude zu machen und sich für die erhaltenen Pakete zu bedanken.<sup>3</sup> Der Inhalt ihrer Geschenksendungen unterschied sich dabei grundlegend von dem der Westpakete, die in erster Linie mit Lebensmitteln bestückt waren. In den Ostpaketen waren vor allem kunstgewerbliche Gegenstände wie Nussknacker, Schwibbbögen und umhäkelte Decken sowie belletristische Literatur und Kalender zu finden. Zu Weihnachten durfte bei den meisten Versendern der oft aus bundesrepublikanischen Zutaten gebackene Stollen in keinem Ostpaket fehlen.<sup>4</sup> So verwundert es kaum, dass neben dem Geruch des Westpaketes nach Kaffee, Orange und Seife auch die Ostpakete eine ganz typische Geruchsnote besaßen, nämlich die von selbstgebackenem Stollen.<sup>5</sup>

Der Versand stellte nicht nur die Menschen im Osten, sondern auch jene im Westen vor eine Herausforderung. Die Versender im Osten bangten vor allem darum, ob die ausgesuchten Geschenke auch dem Geschmack der Empfänger im Westen entsprechen würden.<sup>6</sup> Oft stellten sie sich die Frage, was sie den Menschen im vermeintlichen „goldenen Westen“ schenken konnten, dort wo in ihren Augen alles zu jeder Zeit gekauft werden konnte.

Ein Teil der westdeutschen Empfänger fand eben diese Vorstellung, dass sie im Schlafraffenland leben würden, realitätsfremd.<sup>7</sup> Zwar waren auch ihrer Ansicht nach die Läden mit allen nur erdenklichen Produkten gefüllt, doch bedeutete dies nicht zwangsläufig,

---

1 Vgl.: Interview Frau Winterfeld am 04. Februar 2015, 00:03:39.

2 Vgl.: Interview Frau Winterfeld am 04. Februar 2015, 00:25:16.

3 Vgl.: Interview Frau Nolte am 15. April 2015, 00:32:15.

4 Vgl.: Interview Herr Siebold am 18. März 2015, 00:03:40.

5 Vgl.: Interview Frau Lindner am 26. Februar 2015, 01:14:13.

6 Vgl.: Interview Frau Winterfeld am 04. Februar 2015, 01:02:42.

7 Vgl.: Interview Frau Plate am 27. November 2014, 00:29:09.

dass sie auch erworben werden konnten. Denn, so betonten vor allem die Versender, die den Zweiten Weltkrieg und den Wiederaufbau unmittelbar miterlebt haben, in der Bundesrepublik war das Geld zu Beginn auch knapp<sup>8</sup> – besonders weil die Mieten, die Nebenkosten und die Grundnahrungsmittel nicht wie in der DDR subventioniert waren.

### *Die Kontrollen auf beiden Seiten der Mauer*

Auf beiden Seiten erfuhr der Geschenkpaketversand mit den durchgeführten Postkontrollen eine Beeinträchtigung. Dabei ist zu betonen, dass eben nicht nur die DDR, sondern auch die Bundesrepublik den privaten Päckchen- und Paketverkehr kontrollierte.<sup>9</sup> Beiden deutschen Staaten war dabei gemeinsam, dass sie die Geschenksendungen überprüften, um mögliche Agenten und Spione zu enttarnen. Die DDR bezeichnete diese im offiziellen Sprachgebrauch als „Schieber“ und „Spekulanten“ und gab in ihren veröffentlichten Berichterstattungen an, diese vor allem zu verfolgen, um wirtschaftlichen Schaden von der DDR fernzuhalten. Auch sie hatte während des Kalten Kriegs ein politisches Interesse daran, eine mögliche Infiltration zu vermeiden. Doch ganz im Unterschied zur Bundesrepublik bestand auch ein großes wirtschaftliches Interesse an der Überprüfung der Päckchen und Pakete. Denn die DDR fürchtete um die Sogwirkung der Westpakete auf ihre Bürger<sup>10</sup> – und dies nicht zu Unrecht. Schließlich enthielten die Geschenksendungen vor allem Produkte, die es in der DDR selbst nicht zu kaufen gab. So entstand für die Empfänger in der DDR unmittelbar der Eindruck, dass es um das Leben in der Bundesrepublik besser bestellt sei.

Besonders zu Beginn der Nachkriegszeit wurde die Versorgung mit Lebensmitteln von den Menschen als Gradmesser in Bezug auf die wirtschaftliche Situation des eigenen Landes betrachtet. Aus diesem Grund verwundert es kaum, dass sich die DDR 1954 dazu entschloss, die sogenannte „Verordnung über den Geschenkpaket- und -päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland“ (GVO) zu erlassen.<sup>11</sup> Die schon vorher existierenden Bestimmungen wurden auf diesem Wege zusammengefasst und erheblich erweitert. Zum ersten Mal wurde nun der Begriff der Geschenksendung im Sinne des Gesetzes umfassend definiert. So waren diese als „unentgeltliche Zuwendungen, die unmittelbar von einem privaten Absender (natürliche Person) an einen privaten Empfänger (natürliche Person) aufgrund persönlicher Beziehungen zum persönlichen Verbrauch oder Gebrauch“<sup>12</sup> verschickt wurden, zu verstehen. Die GVO beschrieb zudem umfassend, welche Lebensmittel und welche Gegenstände in welcher Menge grundsätzlich in die DDR eingeführt werden durften. Ebenso wichtig erschien es der DDR-Führung, nicht nur die Einfuhr zu reglementieren, sondern auch die Ausfuhr zu beschränken. Zum einen, damit wichtige Erzeugnisse aus der eigenen Produktion nicht dem eigenen Markt entzogen wurden, und zum anderen, damit Menschen, die gewillt waren die DDR zu verlassen, über Geschenksendungen nicht ihre Flucht vorbereiten konnten. Diese Gründe kommunizierte die DDR in der Presse umfangreich immer unter der Prämisse des Schutzgedankens für das eigene Land.

---

8 Vgl.: Ebd., 00:41:50.

9 Foschepoth, Josef: Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik. Göttingen 2013.

10 Lindner, Bernd: „Dein Päckchen nach drüben“. Der deutsch-deutsche Paketversand und seine Rahmenbedingungen. In: Härtel, Christian/Kabus, Petra (Hrsg.): Das Westpaket: Geschenksendung, keine Handelsware. Berlin 2000, S. 26.

11 Vgl.: Goll, Jörn-Michael: Innenansichten. Die Kontrolle des deutsch-deutschen Paket- und Päckchenverkehrs durch Zoll und Staatssicherheit in der DDR. In: DA, H. 6 (2007), Jahrgang 40, S. 1026.

12 Büro des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.): Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil 1, 74/1954. Berlin 20.08.1954, S. 727.

Die Meinung der DDR-Regierung, dass die GVO für „die Pflege der Beziehungen der Menschen untereinander als sehr großzügig betracht[et]“<sup>13</sup> werden müsse, teilten die Menschen sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands nicht. Die Presse in der Bundesrepublik titelte „Päckchen durchbrechen den Eisernen Vorhang“<sup>14</sup>, „Für Mutters Konserven gesperrt“<sup>15</sup> und „Pankow kontrolliert rigoros Geschenkpakete“<sup>16</sup>. Die DDR-Bevölkerung ihrerseits ging mit der Geschenkverordnung ebenfalls nicht konform. Abzulesen ist dies an der Vielzahl der Eingaben, die in den Archiven zu Zehntausenden vorhanden sind. Nach dem Mauerbau 1961 erfuhren die Bestimmungen der GVO eine Verschärfung in großem Umfang. Doch der Päckchen- und Paketverkehr erfuhr über Jahre nicht ausschließlich strengere Sanktionierungen. Als Ende der 1970er Jahre die Weltmarktpreise für Kaffee extrem anstiegen, entschied sich die DDR dazu, alle Einfuhrschranken für Kaffee, Tabakwaren, Spirituosen, Sekt und Wein fallen zu lassen.<sup>17</sup> Der Unmut der eigenen Bevölkerung sollte so abgedämpft werden.

Anders als die DDR, die die Kontrollen mit dem Schutzgedanken zu rechtfertigen versuchte, vermied es die Bundesrepublik um jeden Preis, die Öffentlichkeit erfahren zu lassen, dass auch sie die Päckchen und Pakete kontrollierte. Schließlich würde dies im Widerspruch zu der stets formulierten Empörung über die Kontrollen durch die DDR stehen. Denn auch in der Bundesrepublik stellte die Kontrolle eine klare Verletzung des Grundgesetzes dar.<sup>18</sup> Intern rangen die dortigen Politiker um das richtige Vorgehen und die Aufweichung des Grundgesetzes. Die diffuse Angst, im Kalten Krieg durch das Unterlassen von Handlungen jedoch einen wirtschaftlichen oder politischen Schaden davonzutragen, überwog, so dass es letztendlich dabei blieb, dass auch privaten Sendungen überprüft wurden und die Öffentlichkeit uninformiert war.<sup>19</sup> Vor allem der Deutschen Bundespost widerstrebten die neuen Anforderungen – war sie sich als ausführendes Organ doch unsicher darüber, ob dieser Eingriff „nicht schon wieder eine massive Verletzung geltenden Rechtes war“<sup>20</sup>. Aus diesem Grund führte die Bundespost – ganz zum Missfallen des Bundesinnenministeriums und des Zolls – diese Aufgabe nicht mit höchster Priorität aus. In der Wahrnehmung der Menschen „hüben“ wie „drüben“ war es jedoch ausschließlich die DDR, welche ihre privaten Geschenke, deren Inhalt sie mit viel Liebe ausgesucht und verpackt hatten, kontrollierte und beschlagnahmte. Aus diesem Grund gaben sich die Kontrolleure der Bundesrepublik beim Wiederverpacken der Geschenksendungen meist nicht allzu viel Mühe<sup>21</sup> – dachten die Menschen doch ohnehin, dass die Beschädigungen bei den DDR-Kontrollen entstanden seien.

Trotz der detaillierten Beschreibungen der GVO kam es immer wieder zu Schwierigkeiten für die Versender. Zum einen, da die Regelungen einem stetigen Wandel unterlagen und so die Versender teilweise nicht über die jeweils aktuell erlaubten Höchstmengen informiert waren. Dadurch kam es häufig zu einem ungewollten Verstoß gegen die GVO, was wiederum zu einer Teileinziehung oder Beschlagnahmung führte. Zum

---

13 Zitiert nach: BArch Berlin, DL 203/2575, unpag.

14 Zitiert nach: Münchner Merkur, 21. August 1958.

15 Zitiert nach: Lübecker Nachrichten, 16. März 1955.

16 Zitiert nach: Wiesbadener Kurier, 17. März 1955.

17 Vgl.: Härtel, Christian: Ostdeutsche Bestimmungen für den Paketverkehr im Spiegel westdeutscher Merkblätter. In: Härtel, Christian/Kabus, Petra (Hrsg.): Das Westpaket: Geschenksendung, keine Handelsware. Berlin 2000, S. 52.

18 Vgl.: Foschepoth, Josef: Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik. Göttingen 2013, S. 108.

19 Vgl.: ebd., 111.

20 Zitiert nach: Ebd. S. 108.

21 Vgl.: Erinnerungsprotokoll Daniel Schmidt, Mitarbeiter eines westdeutschen Sicherheitsunternehmens, Interview am 24. März 2015.

anderen entstanden immer wieder Probleme, da ein Teil des Inhalts – trotz genauer Befolgung der gesetzlichen Bestimmungen – beim Empfänger nicht mehr in der Geschenksendung vorzufinden war. Dies lag an den teilweise bewusst unscharf formulierten Bestimmungen der GVO, damit der Zoll der DDR bei seinen Überprüfungen stets einen gewissen Spielraum hatte. So durften beispielsweise „Schundliteratur“ und „Hetzmaterial“ nicht in Päckchen und Paketen enthalten sein. Was sich jedoch genau hinter diesen beiden Begriffen verbarg, blieb unklar und variierte auch in der Vorstellung der DDR-Kontrolleure. So konnte es ohne weiteres passieren, dass ein und dasselbe Buch in Leipzig aus der Geschenksendung entfernt wurde, während es in Erfurt die innerdeutsche Grenze passierte. Eine Entnahme konnte aber geschehen, weil sich einige Kontrolleure persönlich bereicherten oder die Kommunikation zwischen Versendern und Empfängern bewusst gestört werden sollte.<sup>22</sup>

### *Der Widerstand und die Folgen der Kontrollen*

Die Menschen sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR wandten sich bei Verlust ihrer Sendungen, Teileinziehungen oder Beschädigungen oft mit Eingaben an die ihrer Meinung nach zuständige Stelle. Dies waren auf Seiten der DDR das Ministerium für Post- und Telekommunikation sowie die Zollverwaltung der DDR und in der Bundesrepublik die Bundespost und das Bundespräsidialamt. In ihren Eingaben verdeutlichten die Betroffenen ihren Unmut und versuchten durch die ausführliche Beschreibung ihrer eigenen Lebenssituation, aber auch der jeweiligen Empfänger zu verdeutlichen, weshalb der Versand ihrer Päckchen und Pakete so wichtig sei. Die in den Eingaben vorgenommenen Beschreibungen ähnelten sich dabei in mehreren Punkten. So begann die Argumentation zumeist mit dem Verweis auf die gesundheitliche Verfassung. Es war nicht nur die Eigenbeschreibung der ostdeutschen Empfänger, sich in einem „sehr schlechten Gesundheitszustand“<sup>23</sup> zu befinden, sondern auch die Fremdbeschreibung der westdeutschen Versender über die Situation der Empfänger, die sich „krank und elend“<sup>24</sup> fühlen würden und aus diesem Grund einer Unterstützung bedürften, die sich regelmäßig in den Beschwerdebriefen wiederfanden. Zudem argumentierten beide Seiten, dass aufgrund der finanziellen Lage, die sich durch die Anzahl der Familienmitglieder oder die aktuelle Familiensituation ergab, die Pakete wichtig seien. Besonders interessant ist der immer wieder auftauchende Verweis darauf, dass der Versand von Westpaketen für die Menschen in der Bundesrepublik finanziell auch entsprechend bewältigt werden müsse. So formuliert Frau Arndt aus Potsdam: „auch die Menschen in West-Berlin müssen ihr Geld schwer erarbeiten“<sup>25</sup>. Die Vorstellung, dass jene Leute mit „Glücksgütern ausgestattet“<sup>26</sup> seien, so eine weitere Versenderin, sei grundlegend falsch. Schließlich müssten die westdeutschen Werktätigen genauso hart arbeiten, seien „einfache Arbeiter wie wir“<sup>27</sup>, wie Frau Reddel aus Breitenbach betont. Aus diesem Grund wiege der Verlust von verschickten Geschenksendungen auch hier schwer.<sup>28</sup>

Damit die Bundesbürger – trotz der vor allem in den 1960er Jahren stark gestiegenen Zahl der Beschlagnahmungen und Verluste – weiterhin Päckchen und Pakete in die DDR versandten und so zum immer wieder durch die Bundesrepublik beschworenen Zusammenhalt mit den Brüdern und Schwestern im Osten beitragen konnten, entschied

22 Vgl.: BStU, MfS, HA IX, Nr. 4635, S. 9.

23 Zitiert nach: BArch Berlin, DM 3/33633, unpag.

24 Zitiert nach: Ebd.

25 Zitiert nach: BArch Berlin, DM 3/33632, unpag.

26 Zitiert nach: ebd.

27 Zitiert nach: BArch Berlin, DM 3/13625, unpag.

28 Zitiert nach: BArch Berlin, DM 3/33633, unpag.

die Bundesregierung, die Versender finanziell zu entschädigen.<sup>29</sup> Um von vornherein den Kontrolleuren der DDR wenig Anlass zu geben, etwas an den verschickten Päckchen und Paketen zu beanstanden, bemühte sich die Bundesrepublik zudem, umfangreich über die Versandbestimmungen zu informieren. Dazu verfasste und aktualisierte sie in regelmäßigen Abständen Flug- und Merkblätter sowie eine Vielzahl von Plakataktionen. Mit dem Slogan „Dein Paket nach drüben“<sup>30</sup> versuchte das „Merkblatt für die Geschenksendungen in die Sowjetzone“<sup>31</sup>, über die Vorgaben im Bereich der Lebensmittel, Medikamente und Bücher zu informieren und Tipps zu geben. Die Bundesrepublik ließ bei den Versendern der Päckchen und Pakete keinen Zweifel daran aufkommen, dass ihrer Überzeugung nach die Anzahl der Briefe und Geschenke in unmittelbarem Zusammenhang mit dem persönlichen Kontakt der Menschen über die Mauer hinweg stand. Zudem bestand für die Bundesbürger die Chance, die Ausgaben, die ihnen durch den Versand entstanden, steuerlich geltend zu machen.<sup>32</sup>

Doch nicht immer ließ sich der entstandene Schaden finanziell beheben. Nämlich immer dann, wenn die Versender ihre Verwandten und Bekannten mit einer Geschenksendung überraschen wollten und das Paket vorher nicht angekündigt wurde. Erreichte die Geschenksendung den Empfänger dann nicht, entstand oft eine missliche Situation: Der Versender erhoffte sich eine Bestätigung beziehungsweise einen kleinen Dank. Diesen erhielt er jedoch nicht, und da der Empfänger seinerseits nicht wusste, dass er mit einem Paket bedacht werden sollte, konnte er keine Rückmeldung über einen etwaigen Verlust geben. Nicht selten waren dann beide Seiten enttäuscht. Die Empfänger, weil sie sich über ein Paket zu Weihnachten oder zum Geburtstag gefreut hätten, und die Versender, weil sie wiederum keine Reaktion auf ihr Geschenk erhalten hatten. Ein Missverständnis, welches nicht immer aufgelöst wurde, weil beide Seiten dem jeweils anderen nicht zu nahe treten wollten.

Auch Familie Geis wollte die Versender von Westpaketen durch Nachfragen nicht behelligen. Selbst dann nicht, wenn die Versenderin die eigene Oma war, die bereits in der Bundesrepublik lebte. So wünschte sich der Sohn von seiner Großmutter ein Matchboxauto K-19 und war voller Vorfreude, mit diesem bald spielen zu können. Doch der Wunsch des Jungen wurde trotz beharrlichen Wartens nie erfüllt. Obwohl er das Auto so sehr herbeigesehnt hatte, wurde die Oma auf diesen unerfüllten Wunsch nie angesprochen. Sich nach Paketen zu erkundigen, hätte sich für die ostdeutsche Familie wie Betteln angefühlt – ein Eindruck, den sie auf jeden Fall vermeiden wollte.<sup>33</sup> Später dann, als Frau Geis ihre Stasi-Akte einsah, stellte sie fest, dass der Wunsch die Großmutter nie erreicht hatte. Der Originalbrief befand sich in den Akten. Der Großmutter war der Wunsch ihres Enkels also gar nicht bewusst gewesen.<sup>34</sup>

Besonders Personen, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten oder dem nichtsozialistischen Ausland nach Einschätzung der DDR-Behörden gegenüber positiv eingestellt waren, erfuhren eine engmaschige Überprüfung ihrer Post. So wurden nicht nur ihre Briefe gelesen, bei Bedarf einbehalten und die Geschenksendungen überprüft. Die Art und Weise der Überprüfung stand meist in unmittelbarem Zusammenhang mit dem zuständigen Postkontrollamt. Trotz einheitlicher Vorgaben fiel die Ausgestaltung der Kontrollen im Einzelfall unterschiedlich aus.<sup>35</sup>

---

29 Vgl.: BArch Koblenz, B 257/22777, unpag.

30 Zitiert nach: BArch Koblenz, B 257/21085, unpag.

31 Zitiert nach: ebd.

32 Vgl.: BArch Koblenz, B 137/2547, unpag.

33 Vgl.: Interview Frau Geis am 24. Februar 2015, 00:36:25.

34 Vgl.: ebd., 00:36:11.

35 Vgl.: Interview Herr Kleer am 28. Januar 2015, 00:06:12.

So wurden die Päckchen und Pakete, die Familie Geis aus dem Westen erhielt, regelmäßig beschädigt. Oft wurden die in den Geschenksendungen enthaltenen Fischdosen – die Verwandtschaft wusste, dass die Familie diese besonders gerne aß – zerstört, um ganz im Sinne der Inhaltsüberprüfung die enthaltenen Lebensmittel durch Öffnung zu kontrollieren. Da in diesen Fällen die Dosen mit Löchern versehen wurden, ergoss sich das Öl der Konservendose meist über den restlichen Inhalt wie Waschmittel, Schokolade oder Kaffee, der somit nicht mehr nutzbar beziehungsweise ungenießbar war.<sup>36</sup> War auch zuvor schon mal eine Schokoladentafel zerbrochen worden, nahm die Zerstörung des Paketinhaltes merklich zu, nachdem Frau Geis ihren Ausreiseantrag gestellt hatte. Anscheinend sollte mit allen Mitteln versucht werden, den Kontakt mit den Verwandten und Bekannten in der Bundesrepublik zu stören, um einen Abbruch zu forcieren.

Auch wenn es die Bestimmungen vorsahen, dass sich die Kontrolleure beim Wiederverschließen der Sendungen große Mühe zu geben hatten, damit die Kontrolle nicht auffiel, war dies für die Betroffenen meist ohne weiteres festzustellen.<sup>37</sup> Sie erkannten vor allem an der Art und Weise, wie die Geschenksendungen wieder verpackt beziehungsweise die Briefe verschlossen worden waren, eine Überprüfung – entweder, weil der Versender eine ganz bestimmte Art hatte, die Paketschnur zu binden, oder der Brief auf einmal neu verschlossen wirkte. Hatten die Betroffenen den Verdacht, dass sie kontrolliert wurden, nutzten sie häufig die Möglichkeit einer extra filigranen und ausgefallenen Verpackung, so dass eine Zerstörung offenbar wurde.

### *Die Diebstähle in der DDR*

Da der Unmut der DDR-Bürger über die Diebstähle Anfang der 1980er Jahre stärker denn je zutage trat, beschloss die DDR-Regierung, auch ihre Überprüfungen zur „Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in den Abteilungen M sowie bei der Deutschen Post“<sup>38</sup> zu intensivieren. Die internen Untersuchungen waren nach Einschätzung des MfS von äußerster Wichtigkeit, da die Verluste in hohem Maße zu einem politischen Schaden und Ansehensverlust der DDR und der DDR-Post sowohl in der DDR selbst als auch im Ausland führen würden.<sup>39</sup> Dabei war nicht der Diebstahl an sich für die DDR-Regierung ein Problem, sondern vielmehr die Berichterstattung darüber. Auffällig in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ist die Beschreibung, dass zwar der Zoll und das MfS die Geschenksendungen kontrollieren würden<sup>40</sup>, für Diebstähle jedoch ausschließlich die Mitarbeiter der Post verantwortlich seien. Diese Annahme zugrundelegend, überrascht es keineswegs, dass sich in den Anklageschriften und Verfahrensakten ausschließlich Mitarbeiter der Post wiederfinden. Dabei ist davon auszugehen, dass es sich hierbei wohl eher um ein politisches Kalkül als eine wahrheitsgetreue Wiedergabe der tatsächlichen Ereignisse handelt. In allen Personenkreisen, die mit der Kontrolle von Päckchen und Paketen betraut waren, wird es Menschen gegeben haben, die sich persönlich bereicherten. In der Öffentlichkeit sollten allerdings das ganze Ausmaß und der betriebene Aufwand, die privaten Sendungen zu überprüfen, nicht bekannt werden.

36 Vgl.: Interview Frau Geis am 24. Februar 2015, 00:03:54.

37 Vgl.: Interview Herr Siebold am 18. März 2015, 00:49:59.

38 Zitiert nach: BStU, MfS, Pdm, Abt. XIX, Nr. 1350, S. 17.

39 Vgl.: BStU, MfS, HA XIX, Nr. 7546, S. 1.

40 Döinghaus-Schulte, Uli: Eine „gesonderte Behandlung jenseits des Regellaufs“. Der Paketverkehr unter Kontrolle von Stasi und Zoll. In: Härtel, Christian/Kabus, Petra (Hrsg.): Das Westpaket: Geschenksendung, keine Handelsware. Berlin 2000, S. 74.

Der DDR selbst war es dabei besonders wichtig, medienwirksam gegen die Diebstähle vorzugehen. Zum einen, um den Bürgern zu versichern, dass ihre Eingaben ernstgenommen wurden, zum anderen aber natürlich auch, um die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass es sich um Einzeltäter handelte und um keine systematisch vorgenommenen Raubzüge<sup>41</sup> – eine Vermutung, die vor allem in der bundesrepublikanischen Presse immer wieder laut wurde. Diese Einzeltäter waren nach Überzeugung der Abteilung Post, Verkehr und Nachrichtenwesen beim MfS vor allem unter jenen Postangehörigen zu finden, die „ungefestigte Einstellungen zum sozialistischen Eigentum haben“<sup>42</sup> und erst relativ kurz im Postdienst tätig waren, also zum Beispiel Aushilfs- oder Pauschalkräfte. Auf diese könne jedoch zu Zeiten der Verkehrsspitzen nicht verzichtet werden, da nur mit ihrer Hilfe die zeitlichen Vorgaben eingehalten werden könnten.<sup>43</sup>

Im Gegensatz zur ausgegebenen Täterbeschreibung – dies bestätigen die einzelnen Strafanzeigen und internen Auswertungen – waren es jedoch immer wieder auch langjährige Mitarbeiter der Post, die ihr Wissen um die internen Kontrollabläufe nutzten, um sich an Gegenständen aus Geschenksendungen oder Briefen zu bereichern.<sup>44</sup> Die Analysen der Bezirksverwaltung und die internen Ermittlungen des MfS hingegen ergaben, dass sich die tatsächlichen Täterprofile und die Motive nicht immer mit den gesellschaftspolitischen Stereotypen, die in Bezug auf die Diebe ausgegeben wurden, in Einklang bringen ließen. So war die Mehrzahl der Diebe „im Arbeitskollektiv geachtet“<sup>45</sup>, Mitglieder in der SED und des FDGB<sup>46</sup>, für ihre Arbeitsleistungen geschätzt und nicht selten sogar prämiert.<sup>47</sup> Interessant ist, dass ein Großteil der Verurteilten angab, aus materiell und finanziell gesicherten Verhältnissen zu stammen, und dennoch der Wunsch nach Westgütern und Westgeld bestand.<sup>48</sup> Die erbeuteten Gegenstände wurden entweder zur eigenen Bedürfnisbefriedigung genutzt oder um einzelne Produkte gegen andere Waren oder Dienstleistungen einzutauschen. Dass nur eine geringe Minderheit die Diebstähle aus einer finanziellen Notlage heraus beging, liest sich wie eine Bankrotterklärung für die DDR-Bemühungen, durch die verschiedenen sozialen Sicherungssysteme und die Subventionen in vielen Bereichen des alltäglichen Lebens die Menschen vom eigenen System zu überzeugen.

Trotz der intensiven Bemühungen seitens der DDR, den Versand der Geschenksendungen einzuschränken, war sich die DDR-Regierung bewusst, dass sie auf den Inhalt der Westpakete angewiesen war. Eine Studie des Marktforschungsinstitutes der DDR aus dem Jahr 1978 zeigt, wie groß der Umfang der erhaltenen Lebensmittel war, die die DDR erreichten:<sup>49</sup>

Kaffee	1 596,6 t
Schokolade und Schokoladenerzeugnisse	1 156,0 t
Südfrüchte und Obst	799,7 t
Rosinen, Mandeln, Nüsse, Kokosflocken	112,8 t
Bekleidung für Damen, Herren und Kinder	2,8 Mio. Stück

41 Vgl.: BStU, MfS, HA XIX, Nr. 7022, S. 2.

42 Zitiert nach: BStU, MfS, HA XIX, Nr. 7022, S. 2.

43 Vgl.: BStU, MfS, HA XIX, Nr. 7546, S. 6.

44 Vgl.: BStU, MfS, HA XIX, Nr. 7022, S. 2.

45 Zitiert nach: BStU, MfS, BV, Swm, AKG, Nr. 7, S. 162.

46 Vgl.: BStU, MfS, HA IX, Nr. 4635, S. 9.

47 Vgl.: ebd., S. 10 und S. 12.

48 Vgl.: ebd.

49 Vgl.: BStU, MfS, ZAIG, 15044, in: André, Christine/ Nagengast, Lilo: Öffnen oder weiterleiten? Die Paketkontrolle in der DDR. In: Ein offenes Geheimnis. Post- und Telefonkontrolle in der DDR (= Katalog der Museumsstiftung Post und Telekommunikation, Bd. 13). Heidelberg 2002, S. 171.

Damenstrumpfhosen	2,3 Mio. Stück
Seife, Waschmittel und Rasierklingen	4,6 Mio. Stück

Die ideologische Bedrohung, die den Westpaketen durch die DDR zugeschrieben wurde, überwog nicht die Tatsache, dass sich durch die Einfuhr der Lebensmittel in den Päckchen und Paketen in erheblichem Maße Devisen einsparen ließen. Denn jedes Lebensmittel, welches die DDR auf dem Postweg erreichte, musste nicht eigens teuer eingeführt werden. So stellten die Geschenksendungen für die DDR stets eine Gratwanderung und ein Abwägen zwischen wirtschaftlichen Interessen und politischen Vorstellungen dar. Dieses Ringen zeigte auch die Kaffee-Krise Ende der 1970er Jahre. Durch Missernten stieg der Kaffeepreis um das Sechsfache an.<sup>50</sup> Da eine mögliche Steigerung der Ausgaben im Fünfjahresplan jedoch nicht vorgesehen war, bestand keine Möglichkeit, die neuen Preise zahlen zu können. Nachdem eine Streckung des Kaffees mit Ersatzstoffen unter großem Protest der Bevölkerung gescheitert war, ließ die DDR im September 1977 alle bisher bestehenden Einfuhrbeschränkungen für Kaffee, Tabakwaren, Spirituosen, Wein und Sekt fallen. Zu groß erschien der DDR die Gefahr, dass der Unmut der Mensch weiter answoll.<sup>51</sup>

#### *Die Unterstützung der polnischen Bevölkerung*

Die Überzeugung der Menschen in der Bundesrepublik, dass es den Menschen in der DDR schlechter gehe und diese auf den Inhalt der Pakete angewiesen seien, zeigte sich wieder verstärkt Anfang der 1980er Jahre. Die Bundesrepublik hatte sich dazu entschlossen, Päckchen und Pakete nach Polen in den Zeiträumen vom 8. Februar 1982 bis 30. Juni 1982 sowie vom 1. November 1982 bis 31. Dezember 1982 für die Versender kostenlos zu transportieren, das heißt die Bundesrepublik übernahm die Versandkosten. Bundesregierung und Bundesrat verfolgten damit das Ziel, der einer „akuten, weit über die sonstigen Versorgungsengpässe in Ostblockstaaten hinausgehenden Notlage ausgesetzten polnischen Bevölkerung“<sup>52</sup> zu helfen und sie bei der Versorgung mit Lebensmitteln zu unterstützen. Grund hierfür waren massive Preissteigerungen und eine schlechte Versorgungssituation in Polen.<sup>53</sup> Mit dem Entschluss, einen Teil der humanitären Hilfe über die unmittelbare Unterstützung von Mensch zu Mensch durch Geschenkpakete zu realisieren, konnte die Bundesregierung auf ein für die Menschen bekanntes Vorgehen zurückgreifen. Da nicht nur ein Teil der Versender beziehungsweise deren Eltern schon Carepakete erhalten hatten, sondern die Unterstützung der „Brüder und Schwestern im Osten“ ebenfalls bereits ein fester Bestandteil der Alltagspraxis in der bundesrepublikanischen Gesellschaft war, bedurfte es zwar einer Werbung für Geschenksendungen nach Polen, das Transportmittel der Päckchen und Pakete musste jedoch nicht näher erläutert werden.

Doch die Menschen in der Bundesrepublik standen dieser Art der Hilfe mit gemischten Gefühlen gegenüber. Ein Teil der potentiellen Versender verschickte ohne Zögern Geschenksendungen, um die in der Presse vielfach kommunizierte Not der polnischen Bevölkerung zu lindern. Doch diese humanitäre Aktion der Bundesrepublik spaltete die Menschen auch. Denn ein anderer Teil insistierte darauf, dass die Menschen in der DDR die Hilfe viel dringender benötigen würden und deshalb eher Geschenksendungen in die

50 Sigmund, Monika: Genuss als Politikum. Kaffeekonsum in beiden deutschen Staaten (= Studien zur Zeitgeschichte Bd. 87). Berlin/München/Boston 2015, S. 202.

51 Vgl.: ebd., S. 266.

52 Zitiert nach: BArch Koblenz, B 257/21417, unpag.

53 Vgl.: Stokłosa, Katarzyna: Polen und die deutsche Ostpolitik 1945–1990. Göttingen 2011, S. 307.

DDR kostenlos sein sollten. Manche Versender, wie etwa Herr Kriebler, erachteten es sogar als vollkommen „unerhört“<sup>54</sup>, dass Päckchen und Pakete portofrei nach Polen befördert würden. Schließlich sei es nicht das Verschulden der Deutschen, wenn „Polen nicht in der Lage ist, mit dem uns geraubten fruchtbaren Land seine Einwohner zu ernähren“<sup>55</sup>. Nicht wenige Menschen stellten deshalb die Frage, ob „man unsere eigenen Landsleute in der DDR vergessen“<sup>56</sup> würde. Dies wurde für sie zu einer Frage der Gerechtigkeit – schließlich gehe es den Menschen in der DDR ebenso schlecht wie jenen in Polen.<sup>57</sup> Mehr noch, was sollten die Menschen in der DDR davon halten, dass für die polnische Bevölkerung eine solche umfassende Unterstützung möglich sei, für die Menschen in der DDR jedoch nicht? Die polnische Hilfsaktion müsse deshalb laut Frau Fiedel im anderen Teil Deutschlands zwangsläufig zu der Meinung führen, dass man abgeschrieben worden sei, und als erneuter Beweis betrachtet werden, dass die Entfremdung zwischen beiden Teilen Deutschlands stetig zunehme.<sup>58</sup>

### *Die Päckchen und Pakete nach der Wiedervereinigung*

Mit der Wiedervereinigung veränderte sich die Situation grundlegend. Der von der Bundesrepublik immer wieder angemahnte Versand von Päckchen und Paketen, um die persönlichen Beziehungen aufrechtzuerhalten<sup>59</sup>, war nicht mehr notwendig – jetzt, da Deutschland nicht mehr geteilt war. Nun zeigte sich, ob der Versand der West- und Ostpakete tatsächlich eine Aufgabe erfüllt hatte. Nach der unmittelbaren Freude, nun wiedervereint zu sein, traten in nicht wenigen Familien Schwierigkeiten auf.<sup>60</sup> Denn die über die Jahre hinweg eingeübten Rollenmuster von den „gebenden“<sup>61</sup> Versendern in der Bundesrepublik und den „nehmenden“<sup>62</sup> Empfängern in der DDR konnten so nicht ohne weiteres aufrechterhalten werden. Die Menschen in der Bundesrepublik konnten aufgrund der neuen Situation ihre Rolle als Schenkende von Produkten und Ratschlägen nicht mehr länger einnehmen, denn den Ostdeutschen standen nun selbst eine Vielzahl von Möglichkeiten offen und sie waren froh darüber, selbst nicht mehr ausschließlich die Empfänger von Zuwendungen zu sein. Vor allem der Wunsch der Ostdeutschen, nun selbst ohne Einschränkungen die unterschiedlichsten Produkte käuflich zu erwerben, löste Unverständnis aus. Dass die „armen Brüder und Schwestern“ nun unmittelbar nach dem Mauerfall, durch die jahrelang fehlende Möglichkeit, die Gegenstände ihrer Wahl zu kaufen, und dank eines vorteilhaften Umtauschkurses für Sparguthaben viel Geld zur Verfügung hatten, hinterließ bei vielen westdeutschen Versendern einen faden Beigeschmack und stellte für sie die geleistete Hilfe in Frage.

Das Aushandeln der so lange funktionierenden Rollen, die über den Päckchen- und Paketverkehr immer wieder eingeübt und manifestiert worden waren, musste beginnen. Doch dies geschah augenscheinlich in den wenigsten Familien – barg es doch die Herausforderung, das eigene Ansehen zu wahren und dem jeweils anderen nicht zu nahe zu treten. Die eigentliche Sondersituation der Teilung und ihre klare Einteilung der Lebensweisen mit entsprechenden stereotypen Zuschreibungen hatten die zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen Ost und West – anders als von vielen im nachhinein erwartet – vereinfacht und sogar dazu beigetragen, dass diese zeitweise herzlicher

---

54 Zitiert nach: BArch Koblenz, B 257/21417, unpag.

55 Zitiert nach: ebd.

56 Zitiert nach: Welt am Sonntag, 19. Dezember 1982.

57 Vgl.: BArch Koblenz, B 122/ 33650, unpag.

58 Vgl.: BArch Koblenz, B 257/ 21417, unpag.

59 Vgl.: Staatsarchiv Freiburg, W 124, Nr. 0124, Bild 1.

60 Vgl.: Interview Frau Winterfeld am 04. Februar 2015, 00:35:19.

61 Vgl.: Interview Frau Plate am 27. November 2014, 00:35:16.

62 Vgl.: Interview Herr Siebold, 18. Februar 2015, 00:45:20.

und intensiver waren. Der in Erfüllung gegangene Wunsch der Wiedervereinigung wurde zwischen Verwandten und Bekannten somit vielfach zur „Belastungsprobe“. Den Kontakt aufrechtzuerhalten – ohne eine von außen an die Menschen herangetragene politische oder karitative Notwendigkeit –, rückte die persönlichen Beziehungen und den Austausch über das Leben des jeweils anderen wieder in den Mittelpunkt und verlangte danach, neue tragfähige Elemente zu schaffen – konnte doch auf das so lange bewährte Ritual des Versands nicht weiter zurückgegriffen werden.